

## **6. Die Europäische Union und ihre Nachbarn**



# Europäische Nachbarschaftspolitik

Barbara Lippert/Erik Brandes

Für die Europäische Union sind die südliche und östliche Nachbarschaft Räume von herausragendem außen- und sicherheitspolitischem Interesse. Es handelt sich aus unterschiedlichen Gründen und in unterschiedlichem Maß um Krisenräume mit langwierigen, teils gewaltsam ausgetragenen Konflikten und mit einem generell hohen Destabilisierungspotential. Die Europäische Union begegnet diesen geopolitisch und gesellschaftlich volatilen und heterogenen Nachbarschaften mit einem Gesamtansatz, der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP). Diese ist als einheitlicher Politikrahmen für 16 Länder von Marokko bis Aserbaidschan konzipiert worden. Ziel der ENP ist es, diese Länder durch Kooperation und Assoziierung mit der Europäischen Union zu verbinden und in den Ländern selbst zu politischer Stabilisierung, gesellschaftlicher Resilienz und wirtschaftlicher Entwicklung beizutragen. In den ohnehin selten gewordenen Einlassungen der EU-Organe zur ENP beziehungsweise zu deren östlicher und südlichen Dimension sind die früher dominanten Ziele der Demokratisierung und Transformation hinter das diffuse Konzept der Resilienz und das Ziel der politischen Stabilisierung zurückgetreten.

In den Jahren 2017 bis und 2018 haben sich zwei Tendenzen verstärkt: Erstens ist die ENP als einheitlicher Politikrahmen allenfalls noch von administrativer Bedeutung, bleibt aber auch nach der Reform von 2015 politisch-strategisch profil- und wertlos. Konsequenterweise hat die Europäische Kommission seit dem Review Bericht zur ENP von Mai 2017 auch keinen übergreifenden Strategiebericht und kein Paket von Länderberichten zur ENP mehr vorgelegt. Das spiegelt als zweites die Tendenz wider, individuell zugeschnittene bilaterale Beziehungen mit spezifischen Ambitionsniveaus und von unterschiedlicher politischer Dynamik aufzusetzen und zu entwickeln. Ein jüngeres Beispiel ist der für Armenien geschaffene neue Typus eines Comprehensive and Enhanced Partnership Agreement (CEPA), der sich von den Deep and Comprehensive Free Trade Areas (DCFTAs) mit der Ukraine, Moldau und Georgien unterscheidet. Vor diesem Hintergrund heben sich die sechs Länder der Östlichen Partnerschaft (ÖP) als ein in geographischer und politischer Hinsicht plausibel eingegrenzter Raum ab, in dem es ergänzend zu den bilateralen Beziehungen eine von der Europäischen Union initiierte Infrastruktur für die multilaterale Zusammenarbeit gibt.<sup>1</sup> Diese sechs Staaten haben ferner die Möglichkeit, einen Antrag auf Mitgliedschaft in der Union zu stellen. Diese Perspektive haben die südlichen Nachbarn nicht. Zudem sind die bilateralen Beziehungen dort weniger umfassend und teils ohne vertragliche Basis. Im Vergleich zur ÖP bleibt die Union für das Mittelmeer<sup>2</sup> unergiebig und als Kooperationsraum für regionale und multilaterale Aktivitäten von potentiell zehn Ländern eine Fehlkonstruktion. Die Möglichkeiten der Europäischen Union, im Sinne der Ziele der ENP die Entwicklung in den Ländern zu beeinflussen, sind in der östlichen

---

1 Vgl. hierzu auch den Beitrag „Östliche Partnerschaft“ in diesem Jahrbuch.

2 Union for the Mediterranean: Annual Report 2017; Vgl. hierzu auch den Beitrag „Mittelmeerpolitik“ in diesem Jahrbuch.

Nachbarschaft trotz der antagonisierenden Politik Russlands besser als in der südlichen. Das Bedeutungsgefälle zwischen Ost und Süd spiegelt sich auch in unterschiedlichen Erwartungen und Einstellungen gegenüber der Union seitens der politischen Akteure in ENP-Ländern wider.

### **EU-Akteure in der ENP**

Aufgrund der weiterhin schwach mit der Außen- und Sicherheitspolitik verbundenen ENP ist die Kommission auf EU-Seite nach wie vor Motor und Schlüsselakteur in den Beziehungen zu den ENP-Ländern. Entsprechend steht nicht der Europäische Auswärtige Dienst (EAD), sondern stehen die Generaldirektionen NEAR (Directorate-General for Neighbourhood and Enlargement Negotiations) und Handel im Zentrum. Die Europäische Kommission wird vom Rat der Europäischen Union mandatiert, die Verhandlungen über Abkommen und andere Vereinbarungen mit dem jeweiligen ENP-Land zu führen, sie betreibt diesbezüglich das Monitoring der Umsetzung von Vereinbarungen; sie setzt dazu, wie im Falle der Ukraine, eine Gruppe zur Unterstützung und Begleitung von Reformen ein; sie ist für die Programmierung und Operationalisierung der finanziellen Zusammenarbeit zuständig (ENI, Kredite, Finanzhilfen, Sofortprogramme, humanitäre Hilfe etc.) und sie stellt Personal in den Vertretungen der Europäischen Union in den Hauptstädten und teils auch Regionen der Partnerländer.

Mit der Reform des Berichtswesens legt die Europäische Kommission nicht mehr zu einem festen Zeitpunkt ein Paket von Länderberichten zu allen ENP-Ländern vor. Diese Bestandsaufnahmen der Beziehungen und Lagebilder zu den inneren Entwicklungen der Partnerländer und ihrer Stellung in der Region sind jetzt in Arbeitspapieren der Europäischen Kommission zu finden, die im Zusammenhang mit anstehenden Assoziierungsräten oder Ähnliches veröffentlicht werden. In den Jahren 2017 bis 2018 legte die Europäische Kommission Papiere vor zu Georgien, Ukraine, Aserbaidschan, Moldau, Algerien, Tunesien und Armenien.<sup>3</sup> Sie sind individuell und ähnlich aufgebaut wie die in den Prioritätenspartnerschaften oder Assoziierungsagenden aufgelisteten Aufgabenkataloge. Das politische Profil unterscheidet sich je nach Ambitionsniveau der Beziehungen. Auffällig ist, dass die Aussagen im Wesentlichen deskriptiv angelegt sind – auch da, wo Kritik geübt wird im Lichte der von der Europäischen Union hochgehaltenen Werte. Damit agiert die neue ENP wie beabsichtigt interessenorientierter, fokussierter und pragmatischer.

Zur Finanzierung der Nachbarschaftspolitik dient insbesondere das Europäische Nachbarschaftsinstrument (ENI), das für den Zeitraum 2014 bis 2020 15,4 Mrd. Euro umfasst, für spezifische Ziele aber zusätzlich immer wieder aufgestockt wird. Im Jahr 2017 wurden im Rahmen des ENI knapp 2 Mrd. Euro ausgezahlt, für 2018 werden 2,3 Mrd. Euro erwartet.<sup>4</sup> Als neues Mittel wurde am 28. September 2017 der European External Investment

---

3 European Commission: Association Implementation Report on Georgia, 9.11.2017, SWD(2017)371 final; European Commission: Association Implementation Report on Ukraine, 14.11.2017, SWD(2017)376 final; European Commission: Report on EU-Azerbaijan relations in the framework of the revised ENP, 19.12.2017, SWD(2017)485 final; European Commission: Association Implementation Report on Moldova, 3.4.2018, SWD(2018)94 final; Commission Européenne: Rapport sur l'état des relations UE-Algérie dans le cadre de la PEV rénovée, 6.4.2018, SWD(2018)102 final; Commission Européenne: Rapport sur l'état des relations UE-Tunisie dans le cadre de la Politique européenne de voisinage révisée, 30.4.2018, SWD(2018)180 final; European Commission: Report on EU-Armenia relations in the framework of the revised ENP, 4.6.2018, SWD(2018)330 final.

4 Commission Européenne: Documents. Projet de budget général de l'Union européenne pour l'exercice 2019. Volume 3, Section III, 21.6.2018, COM(2018)600, Kapitel 2204, S. 1130.

Plan mit einem Budget von 4,1 Mrd. Euro aufgesetzt, der, angelehnt an den Investment Plan for Europe (Juncker-Plan), Finanzierungsgarantien für Wachstumsprojekte in Afrika und der europäischen Nachbarschaft ermöglichen soll.

Die Europäische Kommission ist durch die Vizepräsidentin und Hohe Vertreterin Federica Mogherini und den Nachbarschaftskommissar Johannes Hahn an den bi- und multilateralen Gipfeln beteiligt, bereitet diese auch zusammen mit dem Rat der Europäischen Union in weiten Teilen vor. Häufig vertritt der Präsident des Europäischen Rates Donald Tusk die Europäische Union höchststrangig, so beim Gipfel mit der Ukraine im Juli 2017.<sup>5</sup> Zuletzt trafen die Staats- und Regierungschefs beim ÖP-Gipfel im November 2017 mit den sechs östlichen Partnerländern in Brüssel zusammen. Sie nehmen dann die Aufgabe der Weichenstellung für die nächsten zwei oder mehr Jahre vor und können die Erwartungen durch Zielvorgaben konkretisieren. In Brüssel sind die 28 in der Frage der Beitrittsperspektive für fortgeschrittene ÖP-Länder nicht über ihre bekannte Position hinausgegangen. Das heißt, sie anerkennen lediglich die europäische Aspiration der Länder. Schweden und Polen, die 2008 für die spätere ÖP die Initiative ergriffen hatten, erklärten vor dem Treffen durch ihre Außenminister, dass „die Tür zur potenziellen Mitgliedschaft offen gehalten werden sollte.“<sup>6</sup> Auch der rumänische Außenminister erklärte, die drei Länder Moldau, Georgien und Ukraine seien „praktisch, wenn auch nicht legal, Beitrittskandidaten.“<sup>7</sup>

Der Rat der Europäischen Union und der Europäische Rat befassen sich zwischen Juli 2017 und 2018 nur sporadisch mit übergreifenden Themen der ENP. Regelmäßig stehen im Rat der Europäischen Union (für Allgemeine Angelegenheiten oder Auswärtige Angelegenheiten) drängende außen- und sicherheitspolitische Fragen oder bilaterale Angelegenheiten im Zusammenhang mit der Durchführung der jeweiligen Abkommen und Treffen der Assoziierungs- beziehungsweise Kooperations- und Partnerschaftsräte auf der Tagesordnung. In diesen Treffen ist die Europäische Union in der Regel durch Mogherini und Hahn vertreten. Tagungen fanden statt mit Jordanien,<sup>8</sup> Ägypten,<sup>9</sup> der Ukraine,<sup>10</sup> Belarus,<sup>11</sup>

---

5 Am 13.7.2017 in Kiew, siehe Council of the EU: Remarks by President Donald Tusk following the EU-Ukraine summit in Kyiv, Statements and Remarks, Kiew, 13.7.2017, Dok. 436/17.

6 Margot Wallstroem/Witold Waszczykowski: EU's eastern partnership needs revival, in: EUobserver.com, 14.11.2017.

7 Camille-Cerise Gessant: Ukraine, Moldova and Georgia practically EU accession candidates, in: Bulletin Quotidien Europe, 11.12.2017.

8 Am 10.7.2017 in Brüssel, siehe Council of the EU: Joint Statement following the 12<sup>th</sup> EU-Jordan Association Council, Brüssel, 10.7.2017, Dok. 452/17.

9 Am 25.7.2017 in Brüssel, siehe Council of the EU: Joint Statement following the EU-Egypt Association Council, Brüssel, 25.7.2017, Dok. 496/17.

10 Am 8.12.2017 in Brüssel, siehe Council of the EU: EU-Ukraine Association Council – Joint communiqué, Brüssel, 8.12.2017, Dok. 760/7.

11 Am 20.12.2017 in Brüssel, am 26./27.4.2018 in Minsk.

Georgien,<sup>12</sup> Aserbaidschan,<sup>13</sup> Moldau,<sup>14</sup> Algerien,<sup>15</sup> Tunesien<sup>16</sup> und Armenien.<sup>17</sup> Weitere Treffen fanden auf parlamentarischer Ebene statt, so mit Moldau, der Ukraine, Georgien, Armenien und Aserbaidschan.<sup>18</sup>

Das Europäische Parlament widmet sich regelmäßig und intensiv den beiden Nachbarschaftsräumen, neben Delegationsbesuchen und direktem Austausch auch in Form von Resolutionen und Berichten. Vor dem ÖP-Gipfel machte es beispielsweise Vorschläge für eine Perspektive der weiteren Integration der fortgeschrittenen ÖP-Länder (ÖP+)<sup>19</sup> im Sinne der Teilintegration im Hinblick auf die Zollunion, Schengen, die Digital- und Energieunion.<sup>20</sup> Die Parlamentarische Versammlung EURONEST, die Abgeordnete der Parlamente in ÖP-Ländern<sup>21</sup> und des Europäischen Parlaments zusammenbringt, trat zum sechsten Mal vom 30. Oktober bis 1. November 2017 in Kiew und zum siebten Mal vom 25. bis 27. Juni 2018 in Brüssel zusammen.

### **Stand der Vertragsbeziehungen mit den Nachbarn**

Die Europäische Union hat die länderspezifische Differenzierung der Zusammenarbeit mit den Nachbarstaaten, wesentliche Neuerung der ENP-Reform 2015, weiter fortgesetzt. Damit wird die ENP an der Nachfrage des Partnerlandes ausgerichtet und die EU gewinnt Spielräume, um mit der politischen Konditionierung ihrer Angebote flexibel, je nach Anspruchsniveau der Beziehungen, zu verfahren.

Von allen ENP-Ländern ist die Europäische Union vertraglich am engsten mit der Ukraine verflochten, dem strategisch bedeutendsten Land der Östlichen Partnerschaft. Das bilaterale Assoziationsabkommen (AA), das im September 2017 vollständig in Kraft getreten ist, umfasst diverse politische und ökonomische Bereiche, unter anderem eine Vertiefte und Umfassende Freihandelszone (DCFTA). Es ähnelt der Ursprungsidee der ENP, die politische Assoziierung und wirtschaftliche Integration in den Binnenmarkt begleitet von Reformprozessen in Richtung demokratischer Governance und Rechtsstaatlichkeit. Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko brachte im Juli 2017 Überlegungen zur darüber hinausgehenden Integration der Ukraine mit der EU in die Diskussion. So könnte die

---

12 Am 5.2.2018 in Brüssel, siehe Council of the EU: Joint press release following the 4th Association Council meeting between the European Union and Georgia, Brüssel, 5.12.2018, Dok. 50/18.

13 Am 9.2.2018 in Brüssel, siehe Council of the EU: EU-Azerbaijan Cooperation Council, Main Results, Brüssel, 9.2.2018, abrufbar unter: <http://www.consilium.europa.eu/en/meetings/international-ministerial-meetings/2018/02/09/> (letzter Zugriff: 2.8.2018).

14 Am 3.5.2018 in Brüssel, siehe Council of the EU: Joint press statement following the fourth Association Council meeting between the EU and the Republic of Moldova, Brüssel, 3.5.2018, Dok. 231/18.

15 Am 14.5.2018 in Brüssel, siehe Council of the EU: Joint press release on the occasion of the 11<sup>th</sup> session of the EU-Algeria Association Council, Brüssel, 14.5.2018, Dok. 253/18.

16 Am 15.5.2018 in Brüssel, siehe Council of the EU: Joint press statement on the occasion of the 14<sup>th</sup> meeting of the EU-Tunisia Association Council, Brüssel, 15.5.2018, Dok. 255/18.

17 Am 21.6.2018 in Brüssel, siehe Council of the EU: Joint press statement following the first Partnership Council meeting between the European Union and Armenia, Brüssel, 21.6.2018, Dok. 369/18.

18 EU-Moldau: 25./26.10.2017 in Straßburg, 5.4.2018 in Chişinău; EU-Ukraine: 18./21.9.2017 in Dnipro und Kiew, 18./19.4.2018 in Straßburg; EU-Georgien: 19./20.9.2017 in Tiflis, 26.4.2018 in Brüssel; EU-Armenien: 19./20.12.2017 in Jerewan; EU-Aserbaidschan: 7./8.5.2018 in Baku.

19 Bureau of the Euronest Parliamentary Assembly: Address to Heads of State and Government for the 5th Eastern Partnership Summit, 2017; Laima Liucija Andrikiėnė/Knut Fleckenstein: Östliche Partnerschaft: Gipfeltreffen im November 2017. Empfehlung des Europäischen Parlaments vom 15.11.2017, P8\_TA(2017)0440.

20 Siehe auch die Vorschläge von Poroschenko weiter unten.

21 Bislang ist Belarus aus politischen Gründen von diesem Forum ausgeschlossen.

Ukraine in eine Zollunion mit der Europäischen Union eintreten, der Schengen-Zone beitreten und/oder sich an dem Digitalmarkt und der Energieunion beteiligen.<sup>22</sup> Diese Überlegungen kamen auch im Assoziierungsrat im Dezember zur Sprache.<sup>23</sup> Für die EU stehen jedoch statt dieser Perspektivthemen einstweilen die Implementierung der anspruchsvollen Verpflichtungen aus dem Assoziierungsabkommen und die politischen wie wirtschaftlichen Governanceprobleme der Ukraine im Vordergrund.

Ähnliche Schwerpunkte setzt die Europäische Union in ihren Beziehungen mit Georgien und Moldau. Nach dem Inkrafttreten der Assoziierungsabkommen 2016, die ebenfalls DCFTAs enthalten, konzentriert sich die EU auf die schrittweise und stetige Operationalisierung der Umsetzung.<sup>24</sup> Dazu vereinbarten die Assoziierungsräte im August beziehungsweise November 2017 neue Assoziierungsagenden zwischen EU und Moldau (2017–2019) sowie EU und Georgien (2017–2020). So wie die Ukraine sieht auch Georgien die EU-Mitgliedschaft als Endziel, während Moldau in dieser Frage gespalten ist. Auf EU-Seite gibt es zur langfristigen Aufnahme dieser Länder divergierende Positionen.

Eine Neuerung im Vertragsbaukasten der Europäischen Union ist das Umfassende und Verstärkte Partnerschaftsabkommen mit Armenien (CEPA), das im November 2017 unterschrieben wurde und im Juni 2018 vorläufig in Kraft trat.<sup>25</sup> Ein Umdenken in den Beziehungen war nötig geworden, nachdem Armenien 2013 überraschend anstelle des DCFTA mit der EU den Beitritt zur russisch-geführten Eurasischen Wirtschaftsunion (EAWU) ankündigte. Da die EAWU insbesondere gemeinsame Zoll- und Handelspolitiken umfasst, waren wesentliche Teile des DCFTAs hinfällig geworden. Das EU-Armenien-CEPA enthält dagegen weiterhin Bestimmungen zum politischen Dialog, auch zu außen- und sicherheitspolitischen Fragen, zu Rechtsstaatlichkeit, Justiz und Migration und zu über 20 Sektoralvereinbarungen. Im Handel bleiben die Kapitel zum Abbau von Zöllen und technischen Handelsbarrieren und zum Gesundheits- und Pflanzenschutz erwartungsgemäß dünn, während wichtige Einigungen bei Dienstleistungen, dem Schutz geistigen Eigentums und im öffentlichen Beschaffungswesen erzielt wurden.<sup>26</sup>

Darüber hinaus haben die Europäische Union und Armenien im Februar 2018 Partnerschaftsprioritäten festgelegt. Der Abschluss entsprechender Vereinbarungen mit Aserbaidschan und Belarus steht noch aus. Angelehnt an das Framework der Östlichen Partnerschaft (20 Deliverables for 2020)<sup>27</sup> liegt der Fokus auf Institutionenaufbau, ökonomischer Entwicklung, Konnektivität/Umwelt und Mobilität.<sup>28</sup> Die im Februar 2017 begonnenen

22 Unian Information Agency: Ukraine intends to join Customs Union with EU – Poroshenko, 13.7.2017, abrufbar unter: <https://www.unian.info/politics/2027046-ukraine-intends-to-join-customs-union-with-eu-poroshenko.html> (letzter Zugriff: 6.8.2018).

23 Rat der Europäischen Union: Pressemitteilung. EU-Ukraine Association Council - Joint Communiqué, 8.12.2017, Dok. 760/17.

24 Siehe Rat der Europäischen Union: Beziehungen zur Republik Moldau. Schlussfolgerungen, Brüssel, 26.2.2018, Dok. 6280/18.

25 Comprehensive and Enhanced Partnership Agreement; EU-Armenien, 24.11.2017; Franziska Smolnik: CEPA im „Neuen Armenien“, in: SWP Aktuell 2018/A 42.

26 Hrant Kostanyan/Richard Giragosian: EU-Armenian Relations: Charting a fresh course, in: CEPS Research Report 2017/14.

27 Europäische Kommission: Eastern Partnership – Focusing on key priorities and deliverables, 15.12.2016.

28 European External Action Service: Partnership Priorities between the European Union and Armenia, 21.2.2018; European Commission: Partnership Priorities between the EU and Azerbaijan reinforce the bilateral agenda, 11.7.2018, abrufbar unter: [https://ec.europa.eu/neighbourhood-enlargement/news\\_corner/news/partnership-priorities-between-eu-and-azerbaijan-reinforce-bilateral-agenda\\_en](https://ec.europa.eu/neighbourhood-enlargement/news_corner/news/partnership-priorities-between-eu-and-azerbaijan-reinforce-bilateral-agenda_en) (letzter Zugriff: 2.8.2018).

Verhandlungen über ein neues umfassendes Abkommen zwischen der Union und Aserbaidschan wurden fortgesetzt. In Belarus hat die Europäische Union eine Kommunikationskampagne über die Vorteile der Kooperation initiiert.<sup>29</sup>

Die Beziehungen zu den südlichen ENP-Ländern basieren größtenteils auf den im Barcelona-Prozess entstandenen Freihandels- und Assoziierungsabkommen,<sup>30</sup> ergänzt um Sektorabkommen. Mit Marokko und Tunesien ist der Ausbau der Abkommen zu DCFTAs geplant. Während die Verhandlungen mit Tunesien im Mai 2018 in die zweite Runde gingen, liegen die Gespräche mit Marokko seit 2014 auf Eis. Hier konzentrieren sich die Vertragspartner auf eine Reform des Agrar- und Fischereiabkommens von 2012, nachdem der Europäische Gerichtshof in zwei Urteilen, zuletzt im Februar 2018, entschieden hatte, dass die Westsahara durch das bisherige Abkommen nicht abgedeckt wird. Mit Ägypten hat die Europäische Union im Juli 2017 Partnerschaftsprioritäten, unter anderem die Terrorismusbekämpfung,<sup>31</sup> und im Oktober ein finanzielles und technisches Kooperationsrahmenwerk vereinbart.<sup>32</sup> Auch mit Algerien hat die Union trotz eines Handelsdisputs über Importpraktiken Algiers die Zusammenarbeit ausgebaut, unter anderem durch einen Dialog zu Sicherheit und Terrorismusbekämpfung<sup>33</sup> und den Aufbau eines gemischten Parlamentarischen Ausschusses im Januar 2018. Mit Jordanien lotet die Europäische Union künftige Kooperationsbereiche aus.<sup>34</sup>

Die Beziehungen zu Israel und zur Palästinensischen Autonomiebehörde beruhen auf etwa zwanzig Jahre alten Abkommen; eine Aufwertung und Reform steht derzeit nicht zur Debatte. Mit Syrien und Libyen besteht angesichts der Kriegs- und Zerfallserscheinungen keine Grundlage für die primär ökonomisch ausgerichtete ENP. Dort stehen humanitäre Hilfe und Krisendiplomatie weiterhin im Vordergrund. Mit Libyen kooperiert die Union in Sachen Küstenschutz und Migrationsabwehr und hat dazu im Juli 2017 die EU Border Assistance Mission bis Ende 2018 verlängert.<sup>35</sup>

### Weiterführende Literatur

Tobias Schumacher/Andreas Marchetti/Thomas Demmelhuber (Hrsg.): *The Routledge Handbook on the European Neighbourhood Policy*, New York 2018.

Daniel S. Hamilton/Stefan Meister: *Eastern Voices: Europe's East Faces an Unsettled West*, Center for Transatlantic Relations, 2017.

---

29 Camille-Cerise Gessant: Belarus; EU launches communication campaign, in: *Bulletin Quotidien Europe*, 2.6.2018.

30 Für eine Übersicht siehe: European Commission: *Negotiations and agreements*, abrufbar unter: [http://ec.europa.eu/trade/policy/countries-and-regions/negotiations-and-agreements/#\\_in-place](http://ec.europa.eu/trade/policy/countries-and-regions/negotiations-and-agreements/#_in-place) (letzter Zugriff: 31.7.2018).

31 Camille-Cerise Gessant: EU and Egypt want to strengthen their counter-terrorism cooperation, in: *Bulletin Quotidien Europe*, 25.7.2017.

32 Emmanuel Hagry: EU adopts largely future-oriented 2017-2020 financial and technical cooperation framework, in: *Bulletin Quotidien Europe*, 30.10.2017.

33 Camille-Cerise Gessant: First dialogue on regional security and counter-terrorism, in: *Bulletin Quotidien Europe*, 20.10.2017.

34 Council of the EU: *Statements and Remarks. Joint statement following the 12th EU-Jordan Association Council*, 10.7.2017, Dok. 452/17.

35 Camille-Cerise Gessant: EU strengthens its sanctions against smugglers of migrants, in: *Bulletin Quotidien Europe*, 17.7.2017.